

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 05/53. Jahrgang

Mai 2022

Schutzgebühr: 0,40 €

Magistrat buckelt vor Kapitalinteressen

Die Metallfirma *Bieber+Marburg* am Steinberger Weg hat bei der Stadt Gießen einen Antrag auf Erweiterung des Firmengeländes gestellt. Vier Hektar Wald sollen nach dem Willen des Metallunternehmens für diese Maßnahme gefällt werden. Das entspricht der Fläche von ca. 250 Einfamilienhäusern. Eine Auflage der Stadt aus dem Jahre 2008, wonach eine weitere Ausdehnung des Geländes untersagt wurde, ignoriert die Firma in trauter Einigkeit mit dem Magistrat. Damals wurden bereits drei Hektar Mischwald geopfert.

In vorauseilendem Gehorsam schuf die Koalition in kurzer Zeit die Einleitung eines Bebauungsplans, den die Stadtverordneten – außer GIGG/Volt und „Die Partei“ – gehorsam durchwinkten.

Die von der finanzschwachen Kommune dringend benötigten Gewerbesteuerereinnahmen und zusätz-



lichen Arbeitsplätze machen die Stadt erpressbar. Für die seit Jahren für Gießener Bautätigkeiten zustän-

dige „Kettensägen-Gerda“ Weigel-Greulich (Grüne) ist *Bieber+Marburg* „ein verlässlicher Partner“. Kumpanei mit Unternehmen war immer ihre Politik. Was will man von einer Partei anderes erwarten, die den Dannenröder Forst auf dem Gewissen hat? SPD und seit kurzem auch die Gießener Linke haben nicht die Kraft und den Willen, dem etwas entgegenzusetzen.

Wie will eigentlich die Gießener Regierungskoalition aus Grünen, SPD und Linke ihren 2019 gefassten Beschluss „Gießen bis 2035 klimaneutral“ einhalten?

HGON, die Hessische Gesellschaft für Ornithologie und Vogelschutz, fordert, dass der Betrieb erst vorhandene Plätze ausnutzen muss und sich dann alternativ nach Osten ausdehnen darf.

Fortsetzung auf Seite 2

Verkehrswende in Gießen – viel PR, wenig Konkretes

Fahrradstraßen durch die Innenstadt bis spätestens 04. Juni 2021 plus zwei Spuren des Anlagenrings spätestens drei Monate später – das hatte die Stadtverordnetenversammlung verbindlich beschlossen. Doch vom quälenden Parksuchverkehr in der Neuen Bäume bis zum täglichen Gedrängel rund um die Innenstadt ist bislang alles so geblieben wie immer. Das gilt auch für die vielen

Versprechungen im Koalitionsvertrag der aktuellen Stadtregierung. Die Philosophenstraße sollte sofort zur Fahrradstraße, eine Untersuchung zur RegioTram in Auftrag gegeben werden und vieles mehr. Auch hier: Stillstand statt mutigem Anpacken. So ließe sich die Sammlung fortführen: Parken auf Gehwegen abschaffen, längere oder sogar Rundumgrünphasen

Fortsetzung auf Seite 2

Inhalt

Stadtradeln / Lahnwelle	S. 2
Ukrainische Flüchtlinge / EU-Rassismus	S. 3
Angriff Türkei auf Kurdistan / Thomas Sankara	S. 4
Aufrüstung und Pandemiemanagement / Lauterbachs Unterschrift	S. 5
Ostermärsche GI und FFM	S. 6
Preisstopp jetzt / 1. Mai	S. 7
Termine / 50 Jahre Gießener Echo / Kreuzworträtsel	S. 8

Für Frieden und Sozialismus!



Fortsetzung von Seite 1

Magistrat buckelt vor Kapitalinteressen

Gegen die Kapitalinteressen widersetzen sich die Stadtverordneten von GIGG/Volt und „Die Partei“. Martina Lennartz (fraktionslos - DKP) hätte zusätzlich mit ihnen gestimmt, wenn sie nicht in

der Stadtverordnetenversammlung verhindert gewesen wäre. Jetzt hilft nur ein massiver außerparlamentarischer Widerstand. **Kein öffentlicher Wald für private Profite!** M. Berger

Fortsetzung von Seite 1

Verkehrswende in Gießen – viel PR, wenig Konkretes

für Fußgänger*innen, „verstärkt Fahrradstraßen ausweisen“, kostenlose Nutzung der Leihräder in der ersten Stunde, ein „kostenloses ÖPNV-Ticket für Neubürger:innen“, die Herstellung von „Kostenwahrheit für Parkplätze“, „Vorrang für Fußgänger*innen und Radverkehr auf dem Campusplatz“ und mehr gute Ideen – nur leider bisher geduldiges Papier.

Selbst die einfachste Erleichterung für Radfahrer, ein grüner Pfeil für Rechtsabbieger an Ampeln, lässt auf sich warten. Ein paar dieser Schilder wurden noch in den letzten Monaten der Koalition mit der CDU angebracht, danach tat sich nichts mehr. Kein neuer Radweg oder Schutzstreifen wurde verwirklicht. Es gibt keine Pläne für sichere Zufahrten in und Durchfahrten durch die Stadt. Der aufwendige Verkehrsversuch am Anlagenring wird einigen Radlern Erleichterungen bringen, ist aber keine wirksame Verbesserung der Rad-Infrastruktur.

Am 14.05. beginnt nun das jährliche Stadtradeln. Das war bisher eine reine PR-Veranstaltung, ohne dass sich etwas an den Bedingungen verbesserte. In diesem

Jahr sollte das anders werden – und mit dieser Hoffnung beteiligen sich erstmals auch Verkehrswende-Initiativen und Schulen an dem Ereignis, welches fast im ganzen Landkreis stattfinden soll. Angedacht waren temporäre Fahrradstraßen sowie autofreie Zonen um Schulen und Kindergärten. Doch ausgerechnet die grün-rot-rot regierte Stadt Gießen hat sich festgelegt, nichts zu tun. Somit wird einzig die über Versammlungsrecht



angemeldete Fahrradstraße auf dem inneren Anlagenring am Auftaktamstag von 11 bis 15 Uhr ein Gefühl dafür vermitteln, dass es auch besser ginge. Zu diesem Aktionstag sei daher aufgerufen – einfach mitradeln oder eigene Ideen an diesem Tag verwirklichen. Mehr auf <https://stadtradeln.siehe.website> Jörg Bergstedt

Stadtradeln – leider nur Symbolpolitik

Von Mitte Mai bis Anfang Juni wird in Gießen wieder für das Radfahren geworben. Beim Stadtradeln kann jeder, der sich angemeldet hat, die gefahrenen Kilometer melden. Am Schluss gibt es für die besten Radler und Teams Auszeichnungen und Preise. Eine nachhaltige Verbesserung des Radverkehrs ist damit nicht unmittelbar verbunden.

Das absurdeste am Stadtradeln ist die Umrechnung der gemeldeten Kilometer zu angeblich gespartem CO₂. Die meisten gemeldeten Strecken sind Fahrten als Freizeitvergnügen oder Sport, nur ein kleiner Teil ersetzt Fahrten, die sonst mit einem Kraftfahrzeug zurückgelegt worden wären. Zudem fahren viele der Teilnehmer E-Bikes. Diese verbrauchen einzeln zwar wenig elektrische Energie, in der Summe kommen aber einige Megawattstunden zusammen. Manche fahren ihr Rad mit dem Auto irgendwohin um von dort landschaftlich reizvolle Touren zu machen – dabei wird die Umwelt mit zusätzlichem CO₂ belastet. Nichts gegen das Stadtradeln. Besser wären aber zusätzliche Ideen und Taten, die das Radfahren in und um Gießen auch für ungeübte und ängstliche Verkehrsteilnehmer attraktiv machen.

Gernot Linhart

"Hauptsache Spaß" ist von gestern

Hat das klamme Gießen – sagen wir mal – 1 Million Euro übrig für ein Event der Begüterten, die sonst ihrem Hobby auf den Kanarischen Inseln frönen? Hat die Stadtpolitik nichts Besseres zu tun als Yuppie-Vorschlägen eines CDU-Nachwuchses hinterher zu laufen?

Diese Fragen stellen sich angesichts der von CDU-Ex-Bürgermeister Neidel angestoßenen Pläne, eine „stehende Welle“ auf der Lahn zu installieren. Nun hat SPD-Neu-OB Becher wohlwollend dieses Projekt aufgenommen und

die Gießener Grünen sind sowieso seit der Landesgartenschau bei jedem neuen Event himmelhochjauchzend dabei. Koste es, was es wolle, Natur oder Steuergelder!

Nur derjenige, der seinen Neoprenanzug mit der Kneifzange angezogen hat, glaubt, dass das Pumpen von tausenden Liter Wasser zu reinen Spaßzwecken umweltfreundlich und klimaschonend sei. Oder, dass der Pumpenlärm unter Wasser die Wasserlebewesen ergötze. Oder, dass die Stahlcontainer der Wellen-Konstruktion

im Lahnwasser dort hin gehören.

Es gibt viel Klärungsbedarf bei uns Bürgern: Wasser ansaugen, ohne die Lebewesen zu stören? Wasserwellen, die die Uferpflanzen nicht beschädigen, Surf-Tourismus, der sich CO₂-neutral verhält (Parken und Suchen)? Folgekosten für Strom, Reinigung der Anlage - innen und außen, Wartung? Und, wo holt die Stadt die Ausgaben wieder rein? Bei den Surfern? Dann wären wir wieder beim Event der Begüterten.

M. Berger

Vermarktung ukrainischer Flüchtlinge

Tiefe Heuchelei

„Bundesarbeitsminister Hubertus Heil will Flüchtlingen aus der Ukraine den Weg zur Arbeit in Deutschland schnell ebnen“, war im Wirtschaftsenteil der „Süddeutschen Zeitung“ am 31. März zu lesen. Tags zuvor hatte das Ministerium zu einem Spitzengespräch mit Vertretern von „Arbeitgeber“-Verbänden, Gewerkschaften und der Bundesagentur für Arbeit geladen. Dort erklärte Rainer Dulger, Präsident des „Arbeitgeber“-Verbandes BDA, es brauche nach seiner Einschätzung „vor allem ein pragmatisches und effizientes Vorgehen“, um geflüchtete Ukrainer schnell in Jobs zu bringen.

Wie dies aus Sicht der Kapitalverbände funktioniert, hat der Fleischkonzern Tönnies vorge-macht. Im polnischen Przemysł ließ Deutschlands größter Schlachtbetrieb Handzettel verteilen, um Ukrainer, die vor dem Krieg geflüchtet sind, als Produktionshelfer anzuwerben. Flüchtlingshilfsorganisationen beschreiben die Situation im polnischen Grenzort als chaotisch. Es kämen ständig neue Geflüchtete an, von denen die meisten nach Deutschland wollten. Da es an Transportmöglichkeiten fehlt, müssen diese im Aufnahmelager tagelang warten. Werber nutzen diese Notlage aus, indem sie den Kriegsflüchtlingen mit dem Arbeitsvertrag den Transport und eine Unterkunft in Deutschland anbieten. Die Kosten für die Unterkunft werden dann aber

von dem kümmerlichen Stunden-lohn von 11 Euro abgezogen.

Kritik von Gewerkschaften an diesen fragwürdigen Anwerbungs-versuchen kann Tönnies nicht nach-vollziehen. „Wir helfen den Kriegs-flüchtlingen vor Ort und bieten ihnen eine Zukunftsperspektive“, so ein Unternehmenssprecher. Der Konzern würde sich nicht an der Not der Flüchtlinge bereichern.

Angesichts solcher Aussagen scheint sich wenig in den letzten 150 Jahren verändert zu haben. „Die tiefe Heuchelei der bürger-lichen Zivilisation und die von ihr

nicht zu trennende Barbarei liegen unverschleiert vor unseren Augen, sobald wir den Blick von ihrer Heimat, in der sie unter respek-tablen Formen auftreten, nach den Kolonien wenden, wo sie sich in ihrer ganzen Nacktheit zeigen.“ So beschrieb Karl Marx im 19. Jh. den Kapitalismus am Beispiel der britischen Kolonialherrschaft in Indien. Heute genügt, nicht nur aufgrund der beschriebenen Anwerbepraktiken, ein Blick auf die Außengrenze der EU.

Sven Müller



EU-Rassismus

„Wir dürfen nicht vergessen, dass auch, wenn die Russen europäisch aussehen, es keine Europäer sind, jetzt im kulturellen Sinne, einen anderen Bezug zur Gewalt, einen anderen Bezug zum Tod haben“ – das ist eine Äußerung von Florence Gaub, stellvertretende Leiterin des EU-Institutes für Sicherheitsstudien am 12.04. im ZDF (Markus Lanz).

Das ist nicht nur russophob,

sondern rassistisch. Damit werden alle Nichteuropäer als weniger edle Menschen, also als so etwas wie Untermenschen, klassifiziert. Die Nachkommen der Ureinwohner der meisten Kontinente haben Europäer als besonders gewalttätig kennengelernt, mit ihnen kam Tod, Verstümmelung und Versklavung. Niemand anderes als Europäer haben Weltkriege angezettelt.

Deutsche haben in der Nazizeit die fabrikmäßige Ermordung angeblich minderwertiger Menschen erfunden. Noch heute lassen EU-Regierungen Menschen zu tausenden an den EU-Außengrenzen sterben. Dass nicht sofort EU-weit der sofortige Rücktritt dieser Dame gefordert wurde, zeigt, wie salonfähig extremer Rassismus in diesem Staatengebilde ist.

Gernot Linhart

Türkei greift kurdische Stellungen an, Aufschrei der „Weltgemeinschaft“ bleibt wie immer aus!

Über die Ostertage griff das türkische Militär Stellungen der PKK (Arbeiterpartei Kurdistan) im nord-irakischen Teil des Kandil-Gebirges an. Im vergangenen Jahr war es der türkischen Armee bei einer Großoffensive trotz des Einsatzes chemischer Kampfstoffe nicht gelungen, in die festungsartigen Tunnel- und Höhlensysteme der Guerilla einzudringen. Die Türkei ist NATO-Mitglied, der Angriff daher völkerrechtswidrig und das seit 2015. Solange finden diese Angriffe mindestens statt.

Der Angriff wäre ohne die Duldung der USA unmöglich gewesen. Die Luftraumkontrolle im Nordirak liegt bei den USA, die dort Militärstützpunkte unterhalten. Die Frage, ob das NATO-Mitglied Türkei chemische Kampfstoffe einsetzt, hat die NATO nie interessiert. Wie so

häufig misst die NATO mit zweierlei Maß.

Anders als 2021 erfolgen die Angriffe diesmal nicht nur von der türkischen Grenze her, sondern auch aus der autonomen Kurdenregion im Nordirak. Dies zeigt, dass die Offensive von der kurdischen Regionalregierung in Erbil unterstützt wird. Die KDP (Demokratische Partei Kurdistans) dominiert diese Regierung und wird vom Barzani-Clan wie ein Familienbesitz geführt. Mitte April hatte sich der kurdische Ministerpräsident Masrur Barzani in Ankara mit dem türkischen Präsi-

denten Recep Erdogan getroffen. Um Ölgeschäfte auf eigene Rechnung an der irakischen Regierung vorbei zu tätigen, ist die Familie Barzani auf die Türkei angewiesen. Diese setzt im Gegenzug auf die Unterstützung oder zumindest Duldung der

kurdischen Regierung im Kampf gegen die PKK. All das wird von den USA geduldet, unabhängig davon, dass der Irak ein unabhängiger, völkerrechtlich anerkannter Staat ist. Das Völkerrecht ist immer ein Recht, das so interpretiert wird, wie es - vorzugsweise - der westlichen „Wertgemeinschaft“ passt.

Henning Mächerle



Gerechtigkeit für Thomas Sankara!

34 Jahre nach der Ermordung von Thomas Sankara hat nun ein Militärgericht in Burkina Fasos Hauptstadt Ouagadougou den ehemaligen Präsidenten des Landes, Blaise Compaoré, wegen Beihilfe zum Mord zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt.

Thomas Sankara verkörperte ein neues afrikanisches Selbstbewusstsein gegen die ehemalige französische Kolonialmacht und vertrat ein sozialistisches Programm, welches auf sozialen Ausgleich, Geschlechtergleichstellung und der Vergesellschaftung von Land und Boden basierte.

Sankara warb in seiner vierjährigen Amtszeit für eine Entschuldungspolitik gegenüber

dem "Westen" und kritisierte wiederholt dessen Entwicklungshilfe, in der er ein Fortwirken kolonialer Strukturen ausmachte. Mit seiner Ermordung endete für viele Menschen in Burkina Faso die Hoffnung auf Freiheit und Unabhängigkeit.



Thomas Sankara (*1949 †1987):
erster Präsident von Burkina Faso

Bis heute gilt Sankara besonders jungen Menschen in Afrika als Idol und Vorbild, so waren es hauptsächlich von ihm inspirierte Jugendliche, die 2014 den damaligen und nun verurteilten Präsidenten Blaise Compaoré in Burkina Faso stürzten und ihn ins Exil in die Elfenbeinküste trieben. Die Verurteilung Compaorés wird für ihn folgenlos bleiben, da die Elfenbeinküste seine Auslieferung verweigert. Für die Menschen in Burkina Faso ist das Urteil dennoch ein wichtiges Signal, da es zeigt, dass dieses Verbrechen ebenso wenig vergessen ist wie Sankaras Ideen und Ideale.

Gabriel Kombasséré

Aufrüstung und Pandemiemanagement



In den letzten Wochen waren die Covid-Fallzahlen so hoch wie noch nie. Obwohl ein Licht am Ende des Pandemie-Tunnels aufleuchtet, ist die Gefahr sich zu infizieren hoch.

Unscheinbare Gefahr

Wir sind der Durchseuchungspolitik der Herrschenden ausgeliefert. Jeder kennt Leute in seinem Umfeld, die von Covid betroffen sind. Auch wenn viele eher nur von erkältungs-ähnlichen Symptomen berichten und nach wenigen Tagen wieder fit sind, besteht die Gefahr fort, Langzeitfolgen davon zu tragen. Neue, gefährlichere Virusvarianten bleiben möglich.

Was hat das mit Aufrüstung zu tun?

Das Pandemiemanagement der Herrschenden besteht seit Anfang der Pandemie aus halbherzigen Maßnahmen und einer großen Portion Hoffnung. Ganz nach dem Motto: bloß nicht in den Schutz der Leute investieren, wir kommen da schon irgendwie durch.

Im Gegensatz dazu könnten die Aufrüstungspläne nicht ent-

schlossener sein. Innerhalb von wenigen Tagen wurden unter dem Vorwand einer angeblich in Deutschland drohenden russischen Invasion die größten Aufrüstungspläne unserer Geschichte auf den Tisch gelegt. Unter der Hand waren diese Pläne längst vorbereitet, wie die Diskussion um das 2%-Ziel zeigte. Dabei hätte das Geld in den letzten Jahren angeblich nicht für



flächendeckende kostenlose PCR-Tests für alle ausgereicht. Wenn es darum geht, Tarnkappen-Atom-bomber zu kaufen, können schnell ein paar Milliarden locker gemacht werden.

Zum Vergleich

400.000 Luftfilter für Klassenräume hätten für 1,3 Mrd. Euro angeschafft werden können. Damit hätte man

die Durchseuchung in den Schulen besser bekämpfen können als allein mit offenen Fenstern im Winter, inklusive Kniebeugen zum Aufwärmen.

Um die angespannte Personalsituation im Gesundheitssystem während den Hochzeiten der Pandemie zu bekämpfen, hätte man 100.000 neue Pflegestellen für 7 Mrd. Euro einrichten können. Der Sanierungsstau im Gesundheitswesen betrug 2020 30 Mrd. Euro. Gegen das Sondervermögen für die Bundeswehr von 100 Mrd. Euro scheinen diese Summen lächerlich klein zu sein.

Die Gesundheitskatastrophe Pandemie hat die Herrschenden nicht veranlasst, zur Lösung des Problems Geld in die Hand zu nehmen. Stattdessen werden die Mittel mobilisiert, um unsere Zukunft zu gefährden, nämlich in Form von Aufrüstung für den nächsten großen Krieg mit deutscher Beteiligung.

www.jugendgegenkrieg.info



Was ist Lauterbachs Unterschrift wert?

Die für das Gesundheitswesen zuständigen Politiker haben aus den Problemen während der Pandemie offenbar nichts gelernt. Die Schließung und Privatisierung von Kliniken geht unvermindert weiter. Vorstände der börsennotierten Klinikkonzerne lassen sich durch das Land chauffieren auf der Suche nach Krankenhäusern, die sie kaufen können und nach Politikern, die das unterstützen. Wenn sie sich von einem Ankauf keinen Profit versprechen, raten sie zur Schließung, um sich Konkurrenz vom Hals zu schaffen.

Vor 30 Jahren gab es in Deutschland noch 2.411 Kliniken mit 666.000 Betten, 2019 waren es nur noch 1914 Häuser mit 494.000 Betten. Inzwischen sind es noch deutlich weniger. 40% der Krankenhäuser sind reine Fachkliniken, für die All-

gemeinversorgung bleiben also lediglich etwa 1.200 Anstalten. Nur 845 davon unterhalten einen KreiBsaal und 339 eine Kinderstation. Niemand nimmt Notiz von den Eltern, die ihr Kind in ein weit entferntes Krankenhaus bringen müssen oder keine aufnahmebereite Klinik finden. Niemand zählt, wie viele Menschen sterben oder dauerhafte Schäden erleiden, weil sie bei einem Herzinfarkt oder Schlaganfall zu lange zum Krankenhaus unterwegs sind.

Am 22.02. hat die Initiative „Gemeingut in Bürgerhand“ (www.gemeingut.org) 15.760 Unterschriften für die Petition „Bundesweite Klinikschließungen jetzt stoppen“ an das Bundesgesundheitsministerium übergeben. Der Chef des Hauses, Karl Lauterbach, kennt den Text, er hat ihn am 30.05.2021 als einer

der ersten unterschrieben. Davor ist er allerdings jahrelang selbst für Privatisierungen und Schließungen eingetreten. Er war im Vorstand der Rhön-Kliniken AG und Befürworter der Bertelsmannstudie, in der die Schließung von 40% der Krankenhäuser empfohlen wurde. Während der Pandemie machte es einen guten Eindruck, eine solche Petition zu unterschreiben. Es ist zu befürchten, dass er jetzt als Minister nicht mehr zu seiner Unterschrift steht. Eine Kehrtwende in der Privatisierungs- und Schließungspolitik kann nur durch noch mehr Druck von unten erreicht werden.

(Informationen aus „Dr. Hollitscheks Diagnose“, Frankfurter Rundschau 19.03.2022)

Gernot Linhart

Ostermärsche in Gießen und Frankfurt

In diesem Jahr nahmen 150 Menschen, deutlich mehr als in den Jahren zuvor, an der Ostermarschveranstaltung des Friedensnetzwerkes in Gießen teil.

Einig waren sich alle Rednerinnen und Redner darin, dass weitere Waffenlieferungen nicht zu einem Frieden beitragen werden. Zu den Sprechern gehörten Klaus Zecher (DGB), Martina Lennartz (Friedensnetzwerk Gießen), Daniel und Etienne (SDAJ Gießen), Jörg Bergstedt und Lara Herrlich (die LINKE). Danny June Smith (<https://danny-june-smith.com>) begleitete mit ihrer Stimme die Veranstaltung. Auch die *Omas gegen Rechts* zeigten mit Plakaten und starker Anwesenheit Präsenz.

Martina Lennartz sagte, wolle man einen Krieg verstehen, sei es nicht richtig, moralisch zu argumentieren. Man solle immer versuchen, ihn geschichtlich zu verstehen und einzuordnen: WESSEN Interessen dahinter stehen, WER an dem Krieg verdient und WEM er nutzt. "Es ist noch nie ein Krieg vom Himmel gefallen. Wer Waffen sendet, provoziert und verlängert aktiv den Krieg."

Die Weltpolitik ist gekennzeichnet von einem Konkurrenzkampf von globalen Mächten wie den USA, der Russischen Föderation, der VR China und der EU unter deutscher Führung.



Es ist schrecklich, dass der Krieg offensichtlich nicht mit einer raschen Verhandlungslösung beendet werden soll. Diese könnte Garantien für die Sicherheit aller Beteiligten beinhalten. USA, NATO, EU und Deutschland setzen jedoch alles daran, die Kampfhandlungen durch massive Aufrüstung Kiews zu verlängern. Sie hoffen, die atomare Großmacht Russland militärisch und wirtschaftlich in die Knie zwingen zu können, wie damals die NATO Serbien 1999.



Regime-Change in Moskau ist das von US-Präsident Joseph Biden ausgegebene Ziel. Dafür kämpft der Westen, wenn es sein muss, bis zum letzten Ukrainer – Frauen, Kinder und Alte inklusive. Auch der britische Premier Boris Johnson hat dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyi davon abgeraten, vorschnell einer Friedenslösung mit Russland



zuzustimmen.

Die ukrainische Führung erhält im Gegenzug Waffenlieferungen aus den NATO-Arsenalen in Milliardenumfang, mittlerweile sogar Panzer. Russland soll nicht allein mit einem Wirtschaftskrieg „ruiniert“ werden. In der „Bild“ fordert der ukrainische Botschafter Andrij Melnyk, Freund des faschistischen Asow-Bataillons, „dass dieses verbrecherische Russland auch militärisch zerschlagen werden muss“. Bundeskanzler Scholz müsse nach Kiew fahren und „mit sich im Sonderzug Marder- und Leopard-Panzer und anderes schweres Kriegsgerät mitbringen.“ Politiker von SPD, Grünen und FDP haben sich nach diesem Wahnsinnsruf zum totalen Krieg ernsthaft für die Verlegung deutscher Panzer gen Osten ausgesprochen.

Die ersten, die sich der unbedingten Solidarität für dieses Kiewer Regime verweigern, sind die Griechen. Für sie ist klar: Der Krieg wird nur am Verhandlungstisch gestoppt, an der Front wird gestorben. Die Friedensbewegung in Deutschland steht vor gewaltigen Herausforderungen angesichts der aufgepeitschten Stimmung: Es gilt, den Aufrüstungswahnsinn der Ampel inklusive Anschaffung von Atombomben und bewaffneten Drohnen zu stoppen und mehr denn je auf den Abzug der US-Atombomben aus Büchel zu drängen.

Frieden ist nicht alles - aber ohne Frieden ist alles nichts.

Martina Lennartz



Auch in Frankfurt trafen sich nach einem Sternmarsch ca. 2.500 Demonstranten auf dem Römer. Hier der Zug, der am Amerikanischen Konsulat gestartet war. Bild: tagesschau.de



Die Hälfte der Bevölkerung übt Verzicht – Preisstopp jetzt! Armut steigt mit Energiepreisen

Zwischen dem Kriegsgeschrei tauchen ab und an Meldungen auf, die die Situation in diesem Land wiedergeben. Vor Ostern veröffentlichte die „FAZ“ Umfrageergebnisse, nach denen sich mehr als zwei Drittel der Menschen vor den Preissteigerungen fürchten. Die Hälfte der Befragten gab an, ihr Verhalten geändert zu haben, preisbewusster einzukaufen, weniger zu heizen oder sparsamer zu leben. Wegen der seit Monaten steigenden Inflation verzichtet also bereits die Hälfte der Menschen in diesem Land.

Das ist erst der Anfang. Laut Vergleichsportal Verivox haben die Stromversorger von 13 Millionen Haushalten weitere Erhöhungen angekündigt. Durchschnittlich sollen die Strompreise um 19,5% steigen. Für eine vierköpfige Familie kommen

da schnell 600 Euro zusätzlich im Jahr zusammen. Heizt diese Familie auch noch mit Gas, muss sie mehr als das Doppelte im Vergleich zum letzten Jahr einplanen: ein Loch in der Haushaltskasse von 1.600 Euro. Ob sich die Familie die Butter (44% teurer als im Vorjahr) aufs Brot – Bäckerei-Innungen empfehlen Preiserhöhungen zwischen 10 und 40% – noch leisten kann, hängt auch davon ab, in welchem Teil Deutschlands sie wohnt. In den östlichen Bundesländern müsste unsere Familie mit einem zusätzlichen Loch von 440 Euro rechnen, weil das Gas dort noch teurer ist.

Da sich die dümmlichen Tipps, etwa das Brot selbst zu backen oder weniger mit dem Auto zu fahren, in der Regel nicht umsetzen lassen, kommt der Krieg in der Ukraine

„Warum sollten nur
die **Verbrauchenden**
zahlen,

während
die **Energiekonzerne**
weiterhin **Milliarden**
damit **verdienen**

Grundbedürfnisse zu befriedigen? “

Michael aus Fürth

gerade recht. Musste bisher die Corona-Pandemie dafür herhalten, von der massiven Wirtschaftskrise und deren Abwälzung auf die Werktätigen abzulenken, muss nun Putin dafür geradestehen.

Wer das nicht will, unterstützt die Kampagne der DKP für einen Energiepreisstopp und die Vergesellschaftung der Energiekonzerne. (energiepreisstopp-jetzt.de)

Björn Blach

1. Mai – „Tag der internationalen Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften“

Die besondere Bedeutung des 1. Mai geht auf Arbeitskämpfe zurück, die im Mai 1886 in den Vereinigten Staaten begannen. Dabei kam es zu erbitterten Auseinandersetzungen mit Toten und Verletzten. Daraus entstand der 1. Mai als Kampf- und Feiertag der Arbeiter auch in Deutschland mit Veranstaltungen, Arbeitsniederlegungen und Streiks. Die Unternehmer reagierten darauf häufig mit Aussperrungen, Massenentlassungen und Repressionen gegen Gewerkschaftsmitglieder. In den Folgejahren gab es bei den Auseinandersetzungen etliche Tote und Verletzte.

Den 1. Mai 1933 vereinnahmten die deutschen Faschisten als „Tag der nationalen Arbeit“ zu Propagandazwecken, um die Arbeiterschaft von ihrer Ideologie zu überzeugen. Schon einen Tag später wurden Gewerkschaftshäuser überfallen,

die freie Gewerkschaftsbewegung in Deutschland zerschlagen und der Tag seines internationalen Charakters beraubt. Daraus ist in

der Nazizeit die Kurzform „Tag der Arbeit“ entstanden.

Wer heute noch sagt, der 1. Mai sei der „Tag der Arbeit“, übernimmt unreflektiert die Sprache der Faschisten mit ihren Umdeutungsversuchen und verwässert seine Bedeutung im Kampf der Lohnabhängigen gegen die herrschende Klasse. Der 1. Mai ist der „Tag der internationalen Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften“ oder „Kampftag der Arbeiterklasse“. Im Gedenken an die vergangenen Arbeitskämpfe ist es einer der Tage, um zusammen auf die Straße zu gehen und solidarisch mit allen Unterdrückten dieser kapitalistischen Welt für Frieden, Freiheit und bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu kämpfen und gegen Rechtspopulismus, Rassismus, Faschismus, imperialistische Kriege, Ausbeutung und Sozialabbau zu demonstrieren.

UL



Termine

Fragen oder Anmeldungen an giessen@dkp.de 

30.04.2022 ab 10:30 Uhr:
Infostand am Kugelbrunnen

01.05.2022 ab 10:30 Uhr:
Internationaler Kampftag der Arbeiterklasse, Kirchenplatz

03.05.2022 um 19 Uhr:
Krieg in der Ukraine und die deutsche Linke mit Wolf Wetzel, Journalist und Publizist (<https://wolfwetzel.de>), Kerkrade-Zimmer

06.05.2022 um 19:00 Uhr:
Stammtisch der DKP GI

12.05.2022 um 19:00 Uhr:
Gruppenabend DKP GI, Anschlussverwendung

18.05.2022:
Redaktionsschluss Juni-Echo

25.05.2022 um 19 Uhr:
China auf dem Weg zum Sozialismus oder zu einer imperialistischen Macht? mit Lars Mörking, unsere zeit, Kerkrade-Zimmer

04.06.2022 ab 10:30 Uhr:
Infostand am Kugelbrunnen

11.06.2022 ab 9:30 Uhr:
Seminar "Gute Artikel für kommunistische Kleinzeitungen", Anmeldung an giessen@dkp.de

Gießener Echo

Bitte Abogebühren bezahlen und spenden!

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbrief an: Gießener Echo, Postfach 110340, 35348 Gießen, E-Mail: giessen@dkp.de Im Internet: www.giessen.dkp.de

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** berichteten wir über den Kampf Gießener Jugendlicher für ein Jugendzentrum. Der Magistrat wollte auf die Zusammensetzung des Aktionskomitee Jugendzentrum (AKJ) Einfluss nehmen, eine Satzungsänderung erzwingen (neben dem Kampf gegen Faschismus sollte Kampf gegen Kommunismus drinstehen) und plante ein eigenes Gremium (Kuratorium), das Meinungsverschiedenheiten zwischen AKJ und Magistrat schlichten sollte. Die Querschüsse der Stadt hatten keinen Erfolg.

Vor **40 Jahren** informierten wir über die Gefahren, die von Plutonium ausgehen. Dieser Stoff wird in Wiederaufbereitungsanlagen aus abgebrannten Kernreaktor-Brennelementen abgetrennt. Als Standort für eine solche Anlage waren in Hessen Rabenau, Frankenberg und Merenberg im Gespräch. In den dagegen gegründeten Bürgerinitiativen arbeiteten auch Gießener DKP-Mitglieder mit.

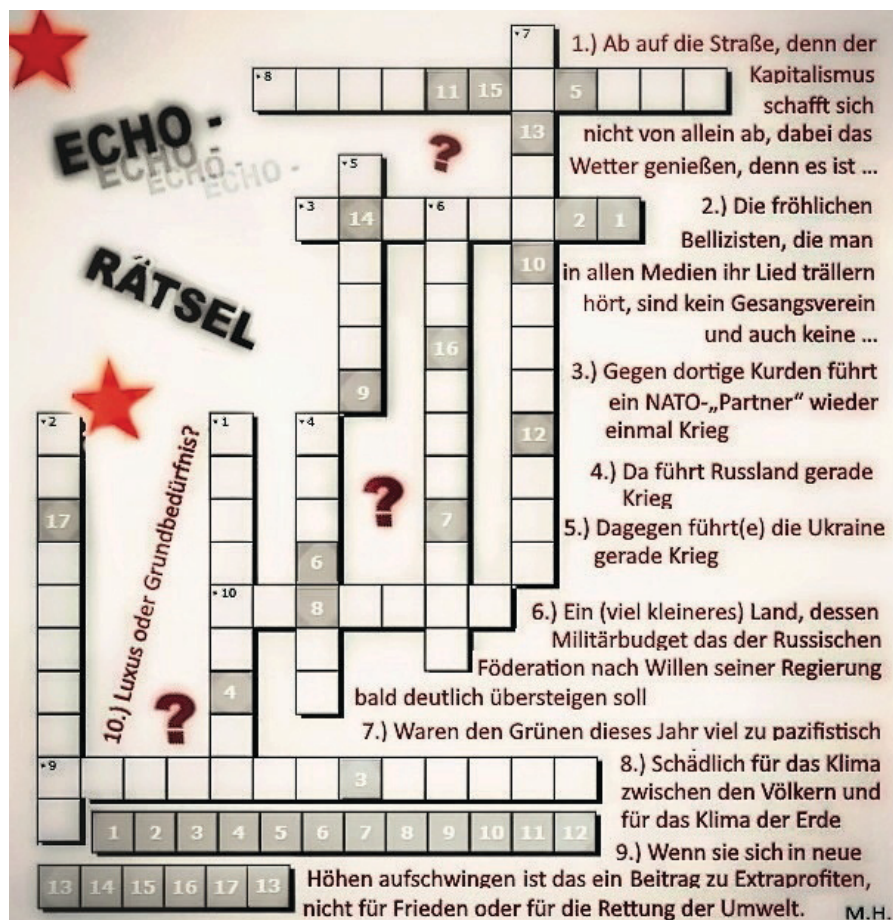
Vor **30 Jahren** streikten der Öffentliche Dienst, Post und Bahn für höhere Löhne. Das Angebot der Dienstherrn hätte Reallohnabbau

bedeutet. SPD-Politiker in Bund, Ländern und Kommunen machten Propaganda für eine „sozialpolitische Wende“. Sie meinten damit den beginnenden Sozialabbau.

Vor **20 Jahren** beschloss das Stadtparlament mit einer CDU/FDP/FWG-Mehrheit eine Umgestaltung des Greifdenkmals an der Licher Gabel. Es sollte eine Informationstafel angebracht werden, um die Schandtaten des faschistischen Greif-Geschwaders zu relativieren. Außerdem sollte ein zwischenzeitlich verschwundener Raubvogel wieder angebracht werden. Die Umgestaltung erfolgte, der Vogel blieb den Gießenern erspart.

Vor **10 Jahren** wurde das mit 4.000 Unterschriften eingereichte Bürgerbegehren gegen die Landeshauptstadt vom Verwaltungsgericht als unzulässig gestoppt. Das passiert bei fast allen Bürgerbegehren. Die Bürgerinitiative ließ sich aber nicht einschüchtern und blieb aktiv. Immerhin konnte sie später besonders schädliche Vorhaben verhindern.

G.L.



ECHO - RÄTSEL

1.) Ab auf die Straße, denn der Kapitalismus schafft sich nicht von allein ab, dabei das Wetter genießen, denn es ist ...

2.) Die fröhlichen Bellizisten, die man in allen Medien ihr Lied trällern hört, sind kein Gesangsverein und auch keine ...

3.) Gegen dortige Kurden führt ein NATO-„Partner“ wieder einmal Krieg

4.) Da führt Russland gerade Krieg

5.) Dagegen führt(e) die Ukraine gerade Krieg

6.) Ein (viel kleineres) Land, dessen Militärbudget das der Russischen Föderation nach Willen seiner Regierung bald deutlich übersteigen soll

7.) Waren den Grünen dieses Jahr viel zu pazifistisch

8.) Schädlich für das Klima zwischen den Völkern und für das Klima der Erde

9.) Wenn sie sich in neue Höhen aufschwingen ist das ein Beitrag zu Extraprofiten, nicht für Frieden oder für die Rettung der Umwelt.

10.) Luxus oder Grundbedürfnis?

M.H.